

--

Anhang vom Annex dated:
zum Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte vom to the Master Agreement for Financial Derivative Transactions dated:

In the event of any divergence between the English and German texts, constructions, meanings or interpretations, those of the German original shall govern exclusively.

Anhang für Emissionsrechte 2022 („Anhang“) zum oben genannten Rahmenvertrag für Finanztermingeschäfte („Rahmenvertrag“)

Annex for Emission Allowances 2022 (“Annex”) to the above-mentioned Master Agreement for Financial Derivative Transactions (“Master Agreement”)

Zwischen

The following is agreed between

Name und Anschrift des Vertragspartners	Name and address of the Counterparty
(nachstehend „Vertragspartner“ genannt)	(hereinafter referred to as “Counterparty”)

und

and

Name und Anschrift der Bank	Name and address of the Bank
(nachstehend „Bank“ genannt)	(hereinafter referred to as “Bank”)

(Bank und Vertragspartner nachstehend zusammen „die Parteien“)

(Bank and Counterparty jointly hereinafter referred to as “parties”)

wird Folgendes vereinbart:

1. Zweck und Gegenstand des Anhanges

- (1) Ergänzend zu den Bestimmungen des Rahmenvertrages gelten für Geschäfte über die Lieferung von Emissionsrechten die nachfolgenden Bestimmungen.
- (2) Der Rahmenvertrag und dieser Anhang gelten unabhängig von einer Bezugnahme im Einzelabschluss auf den Rahmenvertrag für jedes Geschäft über die Lieferung von Emissionsrechten, das zwischen den Parteien abgeschlossen wird.
- (3) Haben die Parteien für den Rahmenvertrag bereits einen Anhang für Treibhausgasemissionsberechtigungen oder einen Anhang für Emissionsrechte vereinbart, wird dieser durch diesen Anhang ersetzt.
- (4) Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für Geschäfte über die Lieferung von Emissionsrechten der Phase 4.

2. Begriffsbestimmungen

- (1) Im Sinne dieses Anhanges sind:
 - „*€STR*“ die Euro Short Term Rate für einen Tag, die von der Europäischen Zentralbank (oder einem Nachfolge-Administrator) als Administrator dieses Referenzwertes im Hinblick auf diesen Tag festgestellt und auf der EZB-Webseite veröffentlicht wird;
 - „*Anzahl der Optionen*“ die im Einzelabschluss vereinbarte Anzahl an Optionen;
 - „*Ausgleichsbetrag*“ der in Nr. 4 Abs. 2 Satz 2 als solcher vereinbarte Betrag;
 - „*abnahmepflichtige Partei*“ im Falle eines Kassa- oder Termingeschäfts der Käufer, im Falle einer Kaufoption der Käufer der Option, im Falle einer Verkaufsoption der Verkäufer der Option und in allen übrigen Fällen die im Einzelabschluss vereinbarte Partei;
 - „*Berechnungsstelle*“ (i) für die Berechnung des Wiedereindeckungsaufwandes nach Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (a) oder (b) die Partei, die einen Anspruch auf Zahlung des Wiedereindeckungsaufwandes geltend macht und (ii) für alle anderen Zwecke die im Einzelabschluss vereinbarte Partei und, mangels einer Vereinbarung, die Bank;

1. Purpose and Scope of the Annex

- (1) In addition to the provisions of the Master Agreement, the following provisions shall apply to transactions relating to the delivery of Emission Allowances.
- (2) The Master Agreement and this Annex shall apply to each Delivery of an Emission Allowance Transaction entered into by the parties, irrespective of any reference to the Master Agreement in the terms of the transaction.
- (3) In the event the parties have already entered into an Addendum for Emission Allowances or an Annex for Emission Rights, it shall be substituted by this Annex.
- (4) The following provisions shall apply to transactions for the delivery of Emission Allowances in Phase 4.

2. Definitions

- (1) For the purpose of this Annex:
 - “*€STR*” means the Euro Short Term Rate (€STR) for a day, as determined by the European Central Bank (or a replacement-administrator) for this day as administrator of this benchmark and published on the ECB-website;
 - “*Number of Options*” means the number of options agreed in the term of the transaction;
 - “*Compensation Amount*” means the amount agreed as such in No. 4 para. (2) sentence 2;
 - “*Receiving Party*” means, in the case of a spot or forward transaction: the buyer, in the case of a call option: the buyer of the option, in the case of a put option: the seller of the option, and in all other cases: the party agreed in the terms of the transaction;
 - “*Calculation Agent*” means (i) for the calculation of the replacement cost within the meaning of No. 9 para. (1) lit. (a) or (b), the party asserting a claim for the compensation of the replacement cost; and (ii) for all other purposes, the party agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, the Bank;

- „Emissionsrecht“ jede EU-Emissionsberechtigung, jedes Luftverkehrszertifikat oder jedes andere Emissionsrecht aus einem Emissionshandelssystem, das mit dem EU-EHS-Registersystem gemäß Artikel 25 der Richtlinie verbunden ist und das zur Emission einer Tonne Kohlendioxidäquivalent in einem bestimmten Zeitraum befugt und dazu geeignet ist, emissionsbezogene Verpflichtungen im EU-EHS-Registersystem im entsprechenden Verpflichtungszeitraum einzuhalten;
- „erstattungsfähige Aufwendungen“ die Kosten und Aufwendungen, die der abnahmepflichtigen Partei als unmittelbare Folge der Säumnis der lieferpflichtigen Partei entstanden sind und die nicht bereits im Wiedereindeckungsaufwand der abnahmepflichtigen Partei berücksichtigt sind;
- „EU-EHS- Registersystem“ das von der Europäischen Union und deren Mitgliedstaaten aufgrund von Artikel 1 der Richtlinie und der Registerverordnung errichtete System für die Übertragung von Emissionsrechten, einschließlich der in den betreffenden Registern geführten Handelskonten;
- „EU-Emissionsberechtigung“ („EU Allowance – EUA“) jede von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates aufgrund der Richtlinie vergebene Emissionsberechtigung zur Emission von einer Tonne Kohlendioxidäquivalent in dem Verpflichtungszeitraum;
- „EUTL“ oder „Europäische Transaktionsprotokolleinrichtung“ die nach Artikel 20 Abs. 1 der Richtlinie vom Zentralverwalter zu führende unabhängige Transaktionsprotokolleinrichtung für die Überwachung und Protokollierung der Vergabe, Übertragung und Löschung von Emissionsrechten, deren Funktionsweise in Artikel 5 der Registerverordnung näher beschrieben ist;
- „Fälligkeitstag für den Kaufpreis“ und „Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag“ vorbehaltlich einer Registerstörung nach Nr. 7 oder einer Abwicklungsstörung nach Nr. 8, jeder im Einzelabschluss als solcher vereinbarte Tag und, wenn dieser kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag und, mangels Vereinbarung, der Fälligkeitstag für die Lieferung;
- „Fälligkeitstag für die Lieferung“ vorbehaltlich einer Registerstörung nach Nr. 7 oder einer Abwicklungsstörung nach Nr. 8, jeder im Einzelabschluss vereinbarte Tag oder, falls dieser Tag kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag;
- „Festpreis“ der im Einzelabschluss vereinbarte Kaufpreis des jeweiligen Emissionsrechts oder eines Korbes von Emissionsrechten;
- „Geeignete Quelle“ ist jede „zuständige Behörde“ im Sinne der Registerverordnung und/oder der Zentralverwalter und/oder der betreffende nationale Verwalter im Sinne der Registerverordnung oder jede andere Behörde, die gemäß der Richtlinie oder der Registerverordnung ermächtigt ist, die Übertragung von Emissionsrechten zu blockieren, zu unterbrechen, abzulehnen, zu beenden oder anderweitig zu beeinträchtigen oder, jede andere geeignete Behörde inklusive der Finanzbehörde eines Mitgliedstaates, das europäische Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF) oder Europol;
- „Geschäft über die Lieferung von Emissionsrechten“ jedes Geschäft, das sich auf Emissionsrechte bezieht und das durch Lieferung von Emissionsrechten zu erfüllen ist, insbesondere Kassa-, Termin-, Options- oder Swapgeschäfte auf Emissionsrechte;
- „Handelskonto“ vorbehaltlich einer Anpassung nach Nr. 3, jedes im Einzelabschluss vereinbarte Konto, das in dem Unionsregister geführt wird und das geeignet ist, in Übereinstimmung mit der Registerverordnung die Vergabe, Inhaberschaft, Übertragung und Löschung von Emissionsrechten zu dokumentieren;
- „Kaufpreis“ das Produkt aus (i) der Anzahl der am Fälligkeitstag für die Lieferung zu liefernden Emissionsrechte und (ii) dem Festpreis;
- „lieferpflichtige Partei“ im Falle eines Kassa- oder Termingeschäfts der Verkäufer, im Falle einer Kaufoption der Verkäufer der Option, im Falle einer Verkaufsoption der Käufer der Option und in allen übrigen Fällen die im Einzelabschluss vereinbarte Partei;
- „LSTL“ die Transaktionsprotokolleinrichtung eines Drittstaates, die gemäß den Bestimmungen des jeweiligen Verknüpfungsabkommens mit dem EUTL verbunden ist;
- „Luftverkehrszertifikate“ (EUAA oder aEUA) jede nach den Vorschriften in Kapitel II der Richtlinie oder einem mit dem EU-EHS verknüpften System ausgegebene Emissionsberechtigung;
- „Emission Allowance“ means any EU-Emission Allowance, any Aviation Allowance or any other emission allowance under an emissions trading system linked to the EU-EHS Registry System in accordance with Art. 25 of the Directive and granting the permission to emit one tonne of carbon dioxide equivalent in a certain period of time and which is eligible and capable of meeting emission related obligations in the EU-EHS Registry-System in the relevant Commitment Period;
- „Eligible Compensation Cost“ means the cost and expenses, incurred by the Receiving Party as a direct consequence of a failure to deliver of the Delivering Party and which have not already taken into account as replacement cost of the Receiving Party;
- „EU-EHS-Registry-System“ means the system for the transfer of Emission Allowances established by the European Union and its member states on the basis of Art. 1 of the Directive and the Registry-Regulation, including the Trading Accounts maintained by the relevant registries;
- „EU-Emission Allowance“ („EU Allowance – EUA“) means any Emission Allowance concerning the emission of one tonne of carbon dioxide equivalent in the Commitment Period issued by a competent authority of a Member State on the basis of the Directive;
- „EUTL“ or „European Transaction Log“ means the independent transaction log to be maintained by the Central Administrator for the monitoring and recording of the issue, transfer and cancellation of Emission Allowances in accordance with Art. 20 (1) of the Directive, its function being described in more detail in Art. 5 of the Registry Regulation;
- „Payment Date“ and „Compensation Amount Payment Date“ means, without prejudice to a registry disruption in accordance with No. 7 or a settlement disruption in accordance with No. 8, each day agreed as such in the terms of the transaction, or, in the case such day is not a Bank Working Day the immediately following Bank Working Day, and in the absence of such agreement, the Delivery Date;
- „Delivery Date“ means, without prejudice to a registry disruption in accordance with No. 7 or a settlement disruption in accordance with No. 8, each day agreed in the terms of the transaction, or, in the case such day is not a Bank Working Day, the immediately following Bank Working Day;
- „Allowance Purchase Price“ means the Purchase Price agreed in the terms of the transaction of each Emission Allowance or a basket of Emission Allowances;
- „Qualified Source“ means each competent authority within the meaning of the Registry Regulation and/or the Central Administrator and/or the relevant national administrator within the meaning of the Registry Regulation, or any other authority authorised under the Directive or the Registry Regulation to block, interrupt, reject, terminate or otherwise interfere with the transfer of Emission Allowances, or any other qualified authority, including fiscal authorities of member states, the European Anti-Fraud Office (OLAF) or Europol;
- „Delivery of Emission Allowances Transaction“ means any transaction in respect of Emission Allowances and which is performed by the delivery of Emission Allowances, in particular spot, forward, option or swap Emission Allowances transactions;
- „Trading Account“ means, without prejudice to an adjustment in accordance with No. 3, each account agreed in the terms of the transaction which is maintained by the Union Registry and is qualified to document the allocation, ownership, transfer and cancellation of Emission Allowances in accordance with the Registry Regulation;
- „Purchase Price“ means an amount equal to the product of (i) the number of the Emission Allowances deliverable on the Delivery Date, and (ii) the Allowance Purchase Price;
- „Delivering Party“ means, in the case of a spot or forward transaction: the seller, in the case of a call option: the seller of the option, in the case of a put option: the buyer of the option, and in all other cases: the party agreed in the terms of the transaction;
- „LSTL“ means the transaction log of a third country linked to the EUTL in accordance with the provisions of the relevant Linking Agreement;
- „Aviation Allowance“ (EUAA or aEUA) means each Emission Allowance issued in accordance with Chapter II of the Directive or by a system linked with the EU-EHS;

- „Mitgliedstaat“ jeder Mitgliedstaat der Europäischen Union („EU“);
- „Optionsprämie“ die im Einzelabschluss als solche vereinbarte Prämie;
- „Phase 4“ der Verpflichtungszeitraum vom 1. Januar 2021 bis zum 31. Dezember 2030;
- „Rahmenvertragliche Ausgleichsforderung“ (i) im Fall eines Rahmenvertrages für Finanztermingeschäfte (2018), die nach Nr. 8 dieses Rahmenvertrags zu ermittelnde Forderung wegen Nichterfüllung und (ii) im Fall eines Rahmenvertrages in der Version von 1993 bzw. 2001, die nach Nr. 8 und 9 dieses Rahmenvertrags zu ermittelnde Ausgleichsforderung;
- „Registersystem“ System für die Übertragung von Emissionsrechten, einschließlich der in den betreffenden Registern geführten Handelskonten;
- „Registerverordnung“ die Delegierte Verordnung (EU) Nr. 2019/1122 der Kommission vom 12. März 2019 zur Ergänzung der Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf die Funktionsweise des Unionsregisters in der jeweils gültigen Fassung;
- „Richtlinie“ die Richtlinie 2003/87/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Oktober 2003 über ein System für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Union, in der jeweils gültigen Fassung;
- „Sanktion“ jede von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittstaates verhängte Sanktion, die daran anknüpft, dass ein Betreiber von Anlagen die zur Abdeckung seiner Emissionen im Vorjahr erforderliche Anzahl an Emissionsrechten nicht rechtzeitig abgibt, insbesondere jede Sanktion wegen Emissionsüberschreitung im Sinne von Artikel 16 Abs. 3 oder 4 der Richtlinie;
- „spätestes Enddatum“ oder „Long-Stop Date“ (i) für den Fall, dass der Fälligkeitstag für die Lieferung unter einem Einzelabschluss in den Zeitraum vom 1. Mai 2021 bis zum 31. Dezember 2022 fällt, der 1. Juni 2024, (ii) für den Fall, dass die Fälligkeit für die Lieferung unter einem Einzelabschluss in den Zeitraum vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2024 fällt, der 1. Juni 2026, (iii) für den Fall, dass die Fälligkeit für die Lieferung unter einem Einzelabschluss in den Zeitraum vom 1. Januar 2025 bis zum 31. Dezember 2026 fällt, der 1. Juni 2028, (iv) für den Fall, dass die Fälligkeit für die Lieferung unter einem Einzelabschluss in den Zeitraum vom 1. Januar 2027 bis zum 31. Dezember 2028 fällt, der 1. Juni 2030, und (v) für den Fall, dass die Fälligkeit für die Lieferung unter einem Einzelabschluss in den Zeitraum vom 1. Januar 2029 bis zum 25. Kalendertag des Monats, in dem der letzte Stichtag des Verpflichtungszeitraumes liegt, fällt, der 25. Kalendertag des Monats, in dem der letzte Stichtag des Verpflichtungszeitraumes liegt;
- „Stichtag“ jeder Tag, an dem die Betreiber von Anlagen die zur Abdeckung ihrer Emissionen im Vorjahr erforderliche Anzahl an Emissionsrechten abgeben müssen, spätestens bis zum 30. April (Artikel 12 Abs. 3 der Richtlinie);
- „TARGET-Tag“ jeder Tag, an dem TARGET2 (das Trans-europäische Automatisierte Echtzeit-Brutto-Express-Zahlungsverkehrssystem der Europäischen Zentralbank) für die Abwicklung von Zahlungen in Euro geöffnet ist;
- „Unbefugt Erworben“ infolge unbefugten Zugangs zu einem Handelskonto oder anderweitig illegal oder unrechtmäßig von einem Handelskonto übertragen;
- „Unbefugt Übertragene Emissionsrechte“ sind Emissionsrechte, bezüglich derer eine Unbefugte Übertragung erfolgt ist und die von einer Partei der anderen angezeigt wurden;
- „Unbefugte Übertragung“ liegt vor, wenn eine geeignete Quelle (oder ein im gegenseitigen Einvernehmen der Parteien vereinbarter Nachfolger – der „Nachfolger“) öffentlich bekannt gibt, dass bestimmte individuell identifizierbare Emissionsrechte unbefugt erworben wurden;
- „Unionsregister“ die in Artikel 19 der Richtlinie als „Register“ bezeichnete Datenbank;
- „Verknüpfungsabkommen“ ein Abkommen zwischen der Europäischen Union und einem Drittstaat über die Verknüpfung des EU-EHS mit anderen Systemen für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten wie in Artikel 25 der Richtlinie vorgesehen und das bestimmungsgemäß in Kraft getreten ist;
- „Verpflichtungszeitraum“ jeder in der Richtlinie definierte und im Einzelabschluss vereinbarte Zeitraum, für den EU-Emissionsberechtigungen vergeben werden;

- „Member State“ means any member state of the European Union („EU“);
- „Option Premium“ means the option premium agreed in the terms of the transaction;
- „Phase 4“ means the Commitment Period from 1 January 2021 until 31 December 2030;
- „Master Agreement Single Compensation Claim“ means (i) in case of a Master Agreement for Financial Derivatives (2018), the claim for non-performance determined in accordance with Clause 8 of this Master Agreement, and (ii) in case of a Master Agreement for Financial Derivatives of 1993 or 2001, the compensation determined in accordance with Clauses 8 and 9 of these Master Agreements;
- „Registry System“ means the system for the transfer of Emission Allowances including the Trading Accounts maintained by the relevant registry;
- „Registry Regulation“ means the Delegated Regulation (EU) No. 2019/1122 of the Commission of 12 March 2019 supplementing Directive 2003/87/EC of the European Parliament and of the Council as regards to the functioning of the Union Registry, as amended from time to time;
- „Directive“ means Directive 2003/87/EC of the European Parliament and of the Council of 13 October 2003 establishing a scheme for greenhouse gas emission certificates trading within the Union, as amended from time to time;
- „Penalty“ means any penalty meted out by the competent authorities of a Member State or a third country which is linked to an operator of facilities failing to surrender a sufficient amount of Emission Allowances required to cover its emissions during the preceding year within the appropriate timeframe, in particular penalties within the meaning of Art. 16 (3) or (4) of the Directive;
- „Latest Final Date“ or „Long-Stop Date“ means (i) in case the Delivery Date falls between 1 May 2021 and 31 December 2022, 1 June 2024, (ii) in case the Delivery Date falls between 1 January 2023 and 31 December 2024, 1 June 2026, (iii) in case the Delivery Date falls between 1 January 2025 and 31 December 2026, 1 June 2028, (iv) in case the Delivery Date falls between 1 January 2027 and 31 December 2028, 1 June 2030, and (v) in case the Delivery Date falls between 1 January 2029 and the 25th calendar day of the month in which the last Deadline of the Commitment Period is scheduled to occur, the 25th calendar day of the month in which the last Deadline of the Commitment Period is scheduled to occur;
- „Deadline“ means each day on which operators of installations are required to surrender a sufficient amount of Emission Allowances in order to cover their emissions during the previous year, at the latest by 30 April (Art. 12 (3) of the Directive);
- „TARGET Day“ means any day on which TARGET2 (the Trans-European Automated Real-time Gross Settlement Express Payment Transfer System of the European Central Bank) is open for the settlement of payments in Euro;
- „Unauthorised Acquisition“ means the transfer from a trading account as a result of unauthorised or otherwise illicit or unlawful access to such trading account;
- „Illicitly Transferred Allowances“ means Emission Allowances in respect of which an Unauthorised Transfer has occurred, and of which a party has been informed of by the other party;
- „Unauthorised Transfer“ has occurred where a Qualified Source (or a successor agreed between the parties – the „Successor“) publicly announces that certain identifiable Emission Allowances have been illicitly acquired;
- „Union Registry“ means the database designated as „Register“ in Art. 19 of the Directive;
- „Linking Agreement“ means an agreement between the European Union and a third country regarding the linking of the EU-EHS system with another greenhouse gas emissions trading system as provided in Art. 25 of the Directive, and which has come into force in accordance with its terms;
- „Commitment Period“ means each period of time defined in the Directive and agreed in the terms of the transaction, for which EU-Emission Allowances are being allocated;

- „Vorhaltekosten“ („Cost-of-Carry“) die nach Nr. 7 Abs. 4 zu berechnenden Finanzierungskosten, die der lieferpflichtigen Partei für das physische Vorhalten der Emissionsrechte entstehen;
- „Zentralverwalter“ der nach Artikel 20 der Richtlinie von der Europäischen Kommission benannte Zentralverwalter.

(2) Maßgeblicher Finanzplatz für die Bestimmung des Bankarbeitstages ist der im Einzelabschluss vereinbarte Ort und, mangels einer Vereinbarung, Berlin.

3. Handelskonten und Lieferung von Emissionsrechten

- (1) Die Parteien verpflichten sich, im EU-EHS-Registersystem mindestens ein Handelskonto im Unionsregister zu eröffnen und zu unterhalten und alles zu unterlassen, was die zuständige Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittstaates veranlassen könnte, den Zentralverwalter aufzufordern, die Übertragung der zu liefernden Emissionsrechte ganz oder teilweise zu sperren, auszusetzen, zu verweigern oder rückgängig zu machen. Jede lieferpflichtige Partei hat sicherzustellen, dass die von der abnahmepflichtigen Partei benannten Handelskonten in der Liste der Vertrauenskonten im Sinne von Artikel 23 der Registerverordnung geführt sind.
- (2) Die Lieferung erfolgt im EU-EHS-Registersystem durch Übertragung der zu liefernden Emissionsrechte auf das im Einzelabschluss vereinbarte Handelskonto der abnahmepflichtigen Partei. Haben die Parteien im Einzelabschluss für die abnahmepflichtige Partei mehr als ein Handelskonto vereinbart, sind die zu liefernden Emissionsrechte in der im Einzelabschluss vereinbarten Reihenfolge auf das zuerst benannte Handelskonto und, wenn hinsichtlich dieses eine Abwicklungsstörung gegeben ist, auf das jeweils unmittelbar danach benannte Handelskonto zu übertragen.
- (3) Die abnahmepflichtige Partei kann durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der lieferpflichtigen Partei für ihre im Einzelabschluss benannten Handelskonten die Vereinbarung einer anderen Reihenfolge oder die Vereinbarung zusätzlicher Handelskonten beantragen. Die Erklärung muss der lieferpflichtigen Partei spätestens dreißig Tage vor dem betreffenden Fälligkeitstag für die Lieferung zugehen. Die beantragte Änderung wird wirksam, wenn die lieferpflichtige Partei ihr innerhalb eines Zeitraums von fünf Bankarbeitstagen nach Zugang der Erklärung in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise zustimmt.
- (4) Die lieferpflichtige Partei hat das Recht, durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der abnahmepflichtigen Partei jederzeit zusätzliche Handelskonten zu benennen. Die Erklärung muss der abnahmepflichtigen Partei bis spätestens am zehnten Bankarbeitstag vor dem betreffenden Fälligkeitstag für die Lieferung zugehen.
- (5) Vorbehaltlich Nr. 6 Abs. 7 Satz 2 sind „zu liefernde Emissionsrechte“
 - (a) bei einem Einzelabschluss, der sich auf ein oder mehrere Emissionsrechte bezieht, die im Einzelabschluss vereinbarte Anzahl an Emissionsrechten und
 - (b) bei einem Einzelabschluss, der sich auf einen Korb von Emissionsrechten bezieht, das Produkt aus (i) der im Einzelabschluss vereinbarten Anzahl der Körbe und (ii) der dem Korb zugrunde liegenden Anzahl an Emissionsrechten.
- (6) Mit der Übertragung geht die unbeschränkte Inhaberschaft hinsichtlich der zu liefernden Emissionsrechte auf die abnahmepflichtige Partei über. Die lieferpflichtige Partei sichert zu, dass die Emissionsrechte übertragbar und frei von Rechten Dritter sind, und dass weder die zuständige Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittstaates noch der Zentralverwalter das Recht haben, die Emissionsrechte vor dem Fälligkeitstag für die Lieferung aufzuheben oder zu widerrufen.
- (7) Soweit nicht in Nr. 16 Abs. 3 anders vereinbart, gilt für Lieferungen Folgendes: Haben beide Parteien am selben Fälligkeitstag für die Lieferung aufgrund des Vertrages Emissionsrechte derselben Gattung und desselben Verpflichtungszeitraums über dieselben Handelskonten zu liefern, liefert die Partei, die die höhere Anzahl an Emissionsrechten schuldet, die Differenz zwischen den zu liefernden Mengen. Die Berechnungsstelle wird dem Vertragspartner die zu liefernde Differenz rechtzeitig vor dem Fälligkeitstag für die Lieferung mitteilen. Die Verpflichtung der lieferpflichtigen Partei, in der Rechnung Bruttolieferungen auszuweisen, bleibt hiervon unberührt.
- (8) Erfolgt die Einbuchung von zu liefernden Emissionsrechten auf das Handelskonto der abnahmepflichtigen Partei an einem Bankarbeitstag nach 16.00 Uhr Ortszeit in Berlin oder einem Tag, der kein Bankarbeitstag ist, gelten sie als am unmittelbar folgenden Bankarbeitstag um 10.00 Uhr Ortszeit in Berlin geliefert. Erfolgt die Einbuchung an einem Bankarbeitstag vor

- „Holding Cost (Cost-of-Carry)“ means the financing cost to be calculated in accordance with No. 7 para. (4), which are incurred by the Delivering Party for physically holding Emission Allowances;
- „Central Administrator“ the central administrator designated by the European Commission in accordance with Art. 20 of the Directive.

(2) The relevant financial market for the determination of the Bank Working Day shall be the relevant place agreed in the terms of the transaction and, in the absence of such agreement, Berlin.

3. Trading Accounts and delivery of Emission Allowances

- (1) The parties are obligated to open and maintain at least one Trading Account in the EU-EHS-Registry System and its Union Registry, and to avoid anything which may cause the competent authority of a Member State or a third country to instruct, the Central Administrator to block, suspend, reject or cancel the transfer of the deliverable Emission Allowances entirely or partially. The Delivering Party has to verify that the trading accounts designated by Receiving Party are included in the list of trusted accounts within the meaning of Art. 23 of the Registry Regulation.
- (2) The delivery shall be effected within the EU-EHS-Registry System by transferring the deliverable Emission Allowances to the Receiving Party's Trading Account as agreed in the terms of the transaction. In the event the parties have agreed on more than one Trading Account for the Receiving Party, the deliverable Emission Allowances shall be transferred in the agreed order to the Trading Account listed in first place; where a settlement disruption occurs in respect of this account, the transfer shall be made to the relevant Trading Account listed immediately thereafter.
- (3) The Receiving Party shall be entitled to request – in text form or any other form conforming to market practice – to change the Trading Accounts order or add further Trading Accounts to the existing Trading Accounts specified in the terms of the transaction. The notification has to be received by the Delivering Party at the latest thirty days prior to the relevant Delivery Date. The requested amendment becomes effective where the Delivering Party consents to it – in text form or any other form conforming to market practice – within a time period of five Bank Working Days following receipt of the request.
- (4) The Delivering Party is at any time entitled to specify additional Trading Accounts; such specification has to be declared vis-à-vis the Receiving Party in text form or any other form conforming to market practice. The notification has to be received by the Receiving Party at the latest on the tenth Bank Working Day prior to the relevant Delivery Date.
- (5) Without prejudice to No. 6 para. (7) sentence 2 “*deliverable Emission Allowances*“ shall be:
 - (a) in the case of a transaction relating to one or more Emission Allowance, the number of Emission Allowances agreed in the terms of the transaction, and
 - (b) in the case of a transaction relating to a basket of Emission Allowances, the product of (i) the number of baskets agreed in the terms of the transaction, and (ii) the number of Emission Allowances comprising the basket.
- (6) With the transfer the Receiving Party shall acquire unrestricted ownership in respect of the deliverable Emission Allowances. The Delivering Party represents that the Emission Allowances are transferrable and free from third party rights, and that neither the competent authority of a Member State or a third country, nor the Central Administrator have the right to repeal or revoke the Emission Allowances before the Delivery Date.
- (7) The following shall apply to deliveries unless agreed otherwise in No. 16 para. (3): In the event both parties are – on the basis of the agreement – obligated to deliver Emission Allowances of the same type, for the same Commitment Period on the same Delivery Date via the same Trading Accounts, the party owing the higher number of Emission Allowances shall deliver the balance between the quantities to be delivered. The Calculation Agent will inform the counterparty of the balance to be delivered with sufficient advance notice before the Delivery Date. The obligation of the Delivering Party to specify gross deliveries in the invoice remains unaffected hereby.
- (8) If the deliverable Emission Allowances are credited to the Trading Account of the Receiving Party on a Bank Working Day after 4 p.m. local time in Berlin, or a day which is not a Bank Working Day, they shall be deemed to have been delivered on the immediately following Bank Working Day at 10 a.m. local time in Berlin. If they are credited on a Bank Working Day before 10 a.m.

10.00 Uhr Ortszeit in Berlin, gelten die betreffenden Emissionsrechte als an diesem Bankarbeitstag um 10.00 Uhr Ortszeit in Berlin geliefert.

- (9) Hat die abnahmepflichtige Partei sowohl ein Konto im Unionsregister als auch Konten in Drittstaaten-Registern benannt, so gilt das Handelskonto im Unionsregister als erstes in der Reihenfolge gemäß Abs. 2 Satz 2.

4. Swappeschäfte

- (1) Jede lieferpflichtige Partei ist verpflichtet, der jeweils anderen Partei an einem Fälligkeitstag für die Lieferung die zu liefernden Emissionsrechte zu liefern.
- (2) Der Zahler des Ausgleichsbetrages ist verpflichtet, der anderen Partei an einem Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag den Ausgleichsbetrag zu zahlen. Der Ausgleichsbetrag ist jeweils die Differenz der für jede abnahmepflichtige Partei gesondert ermittelten Produkte aus (i) der Anzahl der an die betreffende abnahmepflichtige Partei zu liefernden Emissionsrechte und (ii) dem betreffenden Festpreis. Zahler des Ausgleichsbetrages ist die Partei, für die der höhere Ausgleichsbetrag ermittelt wurde.
- (3) Abweichend von Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (a) oder (b) gilt im Falle der Kündigung des Einzelabschlusses aufgrund einer Spät- oder Nichtlieferung, dass
- (a) der für eine ausbleibende Lieferung berechnete Wiedereindeckungsaufwand der lieferpflichtigen Partei oder der abnahmepflichtigen Partei ausschließlich an die Stelle dieser Lieferung sowie des gegebenenfalls geschuldeten Ausgleichsbetrages tritt und
- (b) falls eine Partei die von ihr zu liefernden Emissionsrechte geliefert hat, diese – gegebenenfalls zusätzlich zu dem von ihr zu beanspruchenden oder abzüglich des von ihr geschuldeten Wiedereindeckungsaufwandes – Zahlung eines Geldbetrages in Höhe des Produktes aus (i) der Anzahl der von ihr gelieferten Emissionsrechte und (ii) dem betreffenden Festpreis verlangen kann.

5. Kassa- und Termingeschäfte

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer am Fälligkeitstag für die Lieferung die zu liefernden Emissionsrechte zu liefern. Der Käufer ist verpflichtet, am Fälligkeitstag für den Kaufpreis den Kaufpreis zu zahlen.

6. Optionsgeschäfte

- (1) Der Käufer einer europäischen Option ist berechtigt, diese am Verfalltag vom frühesten Ausübungszeitpunkt bis zum Verfallzeitpunkt auszuüben. Eine Ausübungserklärung, die dem Verkäufer der Option an einem Bankarbeitstag vor dem Verfalltag oder am Verfalltag vor dem frühesten Ausübungszeitpunkt zugeht, gilt als zum frühesten Ausübungszeitpunkt am Verfalltag zugegangen.
- (2) Der Käufer einer amerikanischen Option ist berechtigt, diese an jedem Bankarbeitstag während der Ausübungsfrist jeweils vom frühesten bis zum spätesten Ausübungszeitpunkt auszuüben. Eine Ausübungserklärung, die dem Verkäufer der Option an einem Bankarbeitstag vor dem frühesten Ausübungszeitpunkt zugeht, gilt als zum frühesten Ausübungszeitpunkt an diesem Bankarbeitstag zugegangen. Geht die Ausübungserklärung an einem Bankarbeitstag nach dem spätesten Ausübungszeitpunkt zu, gilt sie als zum frühesten Ausübungszeitpunkt am unmittelbar folgenden Bankarbeitstag zugegangen.
- (3) Der Käufer einer Bermuda-Option ist berechtigt, diese an jedem vereinbarten Ausübungstag und am Verfalltag jeweils vom frühesten bis zum spätesten Ausübungszeitpunkt auszuüben. Eine Ausübungserklärung, die dem Verkäufer der Option an einem vereinbarten Ausübungstag oder am Verfalltag jeweils vor dem frühesten Ausübungszeitpunkt zugeht, gilt als zum frühesten Ausübungszeitpunkt an diesem vereinbarten Ausübungstag oder am Verfalltag zugegangen. In allen anderen Fällen gilt eine Ausübungserklärung als nicht erfolgt.
- (4) Ist im Einzelabschluss „Teilausübung“ vereinbart, ist der Käufer der Option berechtigt, auch weniger als die gesamte Anzahl der Optionen auszuüben. In diesem Fall muss die Ausübungserklärung die Anzahl der Optionen, auf die sich die Ausübung bezieht, ausdrücklich benennen. Hierbei darf die Mindestzahl nicht unter- und die Höchstzahl nicht überschritten werden und muss die Anzahl durch den gegebenenfalls vereinbarten Divisor ohne Rest teilbar sein. Werden diese Anforderungen nicht erfüllt, gilt im Falle des Überschreitens der Höchstzahl die Höchstzahl als ausgeübt. Im Falle des Unterschreitens der Mindestzahl gilt die Ausübung als nicht erfolgt. Haben die Parteien einen Divisor vereinbart, gilt im Falle der fehlenden Teilbarkeit die nächstniedrigere ohne Rest durch den Divisor teilbare Anzahl der Optionen als ausgeübt. Mit erfolgter Teilausübung verfällt die nicht ausgeübte Anzahl der Optionen.

local time in Berlin, the relevant Emission Allowances shall be deemed to have been delivered on the same Bank Working Day at 10 a.m. local time in Berlin.

- (9) In case the Receiving Party has designated both an account with the Union Registry as well as with a third country registry, the trading account with the Union Registry shall be the first in order for the purposes of para. (2) sentence 2.

4. Swap transactions

- (1) Each Delivering Party is obligated to deliver the deliverable Emission Allowances to the relevant other party on the Delivery Date.
- (2) The payer of the Compensation Amount is obligated to pay the Compensation Amount to the other party on the Compensation Amount Payment Date. The Compensation Amount shall be the difference between the products – as determined in respect of each Receiving Party – of (i) the number of Emission Allowances to be delivered to the relevant Receiving Party, and (ii) the relevant Allowance Purchase Price. The payer of the Compensation Amount shall be the party in respect of which the calculation has resulted in the higher Compensation Amount.
- (3) In derogation from No. 9 para. (1) lit. (a) or (b) the following shall apply in the event of a termination of the transaction because of a late delivery or failure to deliver:
- (a) The replacement cost of the Delivering Party or the Receiving Party which have been calculated in respect of a failed delivery shall – with exclusive effect – replace such delivery and Compensation Amount (if any), and
- (b) if a party has delivered the Emission Allowances to be delivered by it, it shall be entitled to demand – plus or minus any replacement cost owed to or by it, as the case may be – payment of a cash amount equal to the product of (i) the number of the Emission Allowances it delivered, and (ii) the relevant Allowance Purchase Price.

5. Spot and Forward Transactions

The seller is obligated to deliver the deliverable Emission Allowances to the buyer on the Delivery Date. The buyer is obligated to pay the Purchase Price on the Payment Date.

6. Option Transactions

- (1) The buyer of a European option is entitled to exercise the option on the Expiration Day between the Earliest Exercise Time up to the Expiration Time. Any notice of the option exercise received by the seller on a Bank Working Day prior to the Expiration Day or on the Expiration Day before the Earliest Exercise Time shall be deemed to have been received by the Earliest Exercise Time on the Expiration Day.
- (2) The buyer of an American option is entitled to exercise the option on all Bank Working Days during the Exercise Period, from the Earliest up to the Latest Exercise Time. Any notice of an option exercise received by the seller of the option on a Bank Working Day before the Earliest Exercise Time shall be deemed to have been received by the Earliest Exercise Time on the relevant Bank Working Day. In the event the notice of the option exercise is received on a Bank Working Day after the Latest Exercise Time, it shall be deemed to have been received by the Earliest Exercise Time on the immediately following Bank Working Day.
- (3) The buyer of a Bermuda option is entitled to exercise the option on all Agreed Exercise Days and on the Expiration Day, from the Earliest up to the Latest Exercise Time. Any notice of an option exercise received by the seller on an Agreed Exercise Day or on the Expiration Day before the Earliest Exercise Time, shall be deemed to have been received at the Earliest Exercise Time on this Agreed Exercise Day or on the Expiration Day. In all other cases an exercise notice shall be deemed to have not been made.
- (4) In the event “Partial Exercise” has been agreed in the terms of the transaction, the buyer of the option shall also be entitled to exercise less than the total Number of Options. In this case, the notice of the option exercise has to expressly specify the Number of Options to which the option exercise relates. This number may not be lower than the minimum number and not be higher than the maximum number. The relevant number must also be divisible by the divisor, if any, agreed upon without remainder. Where these requirements are not met, the following shall apply: If the Number of Options is higher than the maximum number, the maximum Number of Options shall be deemed to have been exercised. Where the number is lower than the minimum number, it shall be deemed that no option has been exercised. In the event the parties agreed upon a divisor and the exercised Number of Options is not divisible without remainder, the next

- (5) Ist im Einzelabschluss „*mehrmalige Ausübung*“ vereinbart, ist der Käufer der Option berechtigt, die Option auch mehrmals in Teilen auszuüben. Im Übrigen gilt Absatz 4 Satz 2 bis 5 entsprechend. Mit erfolgter Ausübung reduziert sich die Anzahl der Optionen entsprechend.
- (6) Die Ausübung der Option ist in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise gegenüber der Ausübungsstelle des Verkäufers der Option zu erklären; sie ist unwiderruflich.
- (7) Im Falle der Ausübung einer Option ist die lieferpflichtige Partei verpflichtet, der anderen Partei am Fälligkeitstag für die Lieferung die zu liefernden Emissionsrechte zu liefern und ist die abnahmepflichtige Partei verpflichtet, am Fälligkeitstag für den Kaufpreis den Kaufpreis zu zahlen. „*Zu liefernde Emissionsrechte*“ ist das Produkt aus (i) der Anzahl der ausgeübten Optionen und (ii) der Optionsgröße. Der Kaufpreis ist das Produkt aus (i) der Anzahl der ausgeübten Optionen, (ii) der Optionsgröße und (iii) dem Basispreis.
- (8) Der Käufer der Option ist verpflichtet, dem Verkäufer der Option am Fälligkeitstag für die Optionsprämie die im Einzelabschluss vereinbarte Optionsprämie zu zahlen.
- (9) Im Sinne dieser Bestimmung sind:
- „*Ausübungsfrist*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Zeitraum und, mangels einer Vereinbarung, der Zeitraum vom Startdatum (einschließlich) bis zum Verfalltag (einschließlich);
 - „*Ausübungstag*“ jeder Bankarbeitstag, an dem die Option ausgeübt wird;
 - „*Ausübungsstelle*“ die im Einzelabschluss vereinbarte Stelle und, mangels einer Vereinbarung, die Stelle des Verkäufers, die den betreffenden Einzelabschluss getätigt hat;
 - „*Basispreis*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Preis des Emissionsrechts oder eines Korbes von Emissionsrechten;
 - „*Fälligkeitstag für die Optionsprämie*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Tag und, wenn dieser kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag;
 - „*frühester Ausübungszeitpunkt*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Zeitpunkt und, mangels einer Vereinbarung, 9.00 Uhr Ortszeit in Berlin;
 - „*Mindestbetrag*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Geldbetrag und, mangels einer Vereinbarung, Null;
 - „*Optionsgröße*“ (i) bei einer Option, die sich auf ein oder mehrere Emissionsrechte bezieht, die im Einzelabschluss vereinbarte Anzahl der Emissionsrechte je Option und, mangels einer Vereinbarung, Eins und (ii) bei einer Option, die sich auf Körbe bezieht, die im Einzelabschluss vereinbarte Anzahl der Körbe je Option und, mangels einer Vereinbarung, Eins;
 - „*spätester Ausübungszeitpunkt*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Zeitpunkt und, mangels einer Vereinbarung, der Verfallzeitpunkt;
 - „*Startdatum*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Tag und, falls dieser Tag kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag und, mangels einer Vereinbarung, das Abschlussdatum;
 - „*vereinbarter Ausübungstag*“ jeder im Einzelabschluss vereinbarte Tag, der vor oder auf den Verfalltag fällt, und, falls ein solcher Tag kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag;
 - „*Verfalltag*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Tag und falls dieser Tag kein Bankarbeitstag ist, der unmittelbar folgende Bankarbeitstag; und
 - „*Verfallzeitpunkt*“ der im Einzelabschluss vereinbarte Zeitpunkt und, mangels einer Vereinbarung, 18.00 Uhr Ortszeit in Berlin.

7. Registerstörung

- (1) Eine Registerstörung liegt vor, wenn das Register nicht eingerichtet werden konnte oder nicht dauerhaft funktioniert, oder eine der Verbindungen zwischen einem Register, dem EUTL und dem LSTL nicht eingerichtet werden konnte oder nicht dauerhaft funktioniert; oder einige oder alle Prozesse eines Registers, gemäß den maßgeblichen Regularien des zuständigen Verwalters oder des Zentralverwalters aus einem der folgenden Gründe suspendiert werden:

lower Number of Options divisible by the divisor without remainder shall be deemed to have been exercised. Upon such partial exercise all options not having been exercised shall expire.

- (5) In the event “*Multiple Exercise*” has been agreed in the terms of the transaction, the buyer of the option is also entitled to exercise the option multiple times in parts. In addition, para. (4) sentence 2 to 5 shall apply accordingly. With each exercise of an option the total Number of Options shall be reduced accordingly.
- (6) The option exercise notice has to be made vis-à-vis the seller’s Exercise Agent in text form or any other form conforming to market practice; it is irrevocable.
- (7) In the event of the exercise of an option the Delivering Party is obligated to deliver the Deliverable Emission Allowances to the other party on the Delivery Date and the Receiving Party is obligated to pay the Purchase Price on the Payment Date. “*Deliverable Emission Allowances*” shall be the product of (i) the Number of Options exercised, and (ii) the Option Size. The Purchase Price shall be the product of (i) the Number of Options exercised, (ii) the Option Size, and (iii) the Strike Price.
- (8) The buyer of the option is obligated to pay the Option Premium agreed in the terms of the transaction to the seller of the option on the Option Premium Payment Date.
- (9) For the purposes of this provision:
- “*Exercise Period*” means the period of time agreed in the terms of the transaction and, in the absence of such agreement, the period of time beginning with the Start Date (including) and ending with the Expiration Day (including);
 - “*Exercise Day*” means each Bank Working Day on which the option is exercised;
 - “*Exercise Agent*” means the entity agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, the entity of the seller which entered into the transaction;
 - “*Strike Price*” means the price of the Emission Allowance or a basket of Emission Allowances agreed in the terms of the transaction;
 - “*Option Premium Payment Date*” means the day agreed in the terms of the transaction, and, where such day is not a Bank Working Day, the next Bank Working Day immediately following such day;
 - “*Earliest Exercise Time*” means the time agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, 9.00 a.m. local time Berlin;
 - “*Minimum Amount*” means the cash amount agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, zero;
 - “*Option Size*” means (i) in the case of an option relating to one or more Emission Allowances, the number of Emission Allowances per option agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, one, and (ii) in the case of an option relating to baskets, the number of baskets per option agreed in the terms of the transaction, and, in the absence of such agreement, one;
 - “*Latest Exercise Time*” means the time agreed in the terms of the transactions, and, in the absence of such agreement, the Expiration Time;
 - “*Start Date*” means the day agreed in the terms of the transaction, and where such day is not a Bank Working Day, the next Bank Working Day immediately following such day, and in the absence of such agreement, the trade date;
 - “*Agreed Exercise Day*” means each day agreed in the terms of the transaction which occurs before or falls on the Expiration Day, and where such day is not a Bank Working Day, the next Bank Working Day immediately following such day;
 - “*Expiration Day*” means the day agreed in the terms of the transaction, and where such day is not a Bank Working Day, the next Bank Working Day immediately following such day; and
 - “*Expiration Time*” means the time agreed in the terms of the transactions, and, in the absence of such agreement, 6 p.m. local time Berlin.

7. Registry Disruption

- (1) A registry disruption occurs, where it was not possible to establish the registry, or where the registry is not functioning on a permanent basis, or where it was not possible to establish the link between the registry, the EUTL and the LSTL or where such link is not functioning on a permanent basis; or where some or all operational processes of a registry are suspended by the relevant administrator or the Central Administrator in accordance with the applicable rules and regulations for any of the following reasons:

- (i) das Register wird nicht im Einklang mit der Registerverordnung oder anderen hierfür geltenden Regelungen geführt, oder
- (ii) es sind geplante oder ungeplante Wartungsarbeiten erforderlich, oder
- (iii) es liegt ein Sicherheitsverstoß oder ein begründeter Verdacht auf einen Sicherheitsverstoß vor, der die Integrität des EU-EHS-Registersystems (einschließlich der Backup-Funktionen) gefährdet, oder
- (iv) die gegenseitige Anerkennung der Emissionsrechte entsprechend den Bestimmungen des relevanten Verknüpfungsabkommens ist ausgesetzt

und es ist deswegen einer Partei nicht möglich, die von ihr geschuldete Lieferung oder Abnahme von Emissionsrechten vorzunehmen.

- (2) Im Falle der Registerstörung wird jede Partei der jeweils anderen Partei den Eintritt des Ereignisses unverzüglich in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise mitteilen. Teilt die von der Störung betroffene Partei das Vorliegen der Registerstörung mit, wird sie die andere Partei nach Möglichkeit auch über die Art der Störung und, wenn das Ereignis seiner Art nach nur vorübergehender Natur ist, über die voraussichtliche Dauer der Störung informieren. Darüber hinaus wird die von der Störung betroffene Partei sämtliche zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um die Registerstörung zu beheben.
- (3) Im Falle der Registerstörung verschiebt sich
 - (a) der Fälligkeitstag für die Lieferung („*hinausgeschobener Liefertag*“) auf den (i) nächstmöglichen, spätestens aber den zehnten Bankarbeitstag nach dem Tag, an dem die Registerstörung wieder behoben ist oder (ii) falls der dritte Bankarbeitstag unmittelbar vor dem letzten Stichtag des Verpflichtungszeitraums innerhalb dieser Frist liegt, bis zu diesem dritten Bankarbeitstag und
 - (b) der Fälligkeitstag für den Kaufpreis oder der Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag („*hinausgeschobener Fälligkeitstag*“) entsprechend der Anzahl der Bankarbeitstage, um die sich der Fälligkeitstag für die Lieferung verschiebt, auf einen Bankarbeitstag nach dem hinausgeschobenen Liefertag.
- (4) Liefert die lieferpflichtige Partei der anderen Partei die Emissionsrechte vor oder am hinausgeschobenen Liefertag, wird die abnahmepflichtige Partei der lieferpflichtigen Partei am hinausgeschobenen Fälligkeitstag einen von der Berechnungsstelle in der Vertragswährung ermittelten Geldbetrag in Höhe der Vorhaltekosten zahlen. Die Vorhaltekosten sind das Produkt aus (i) der Anzahl der zu liefernden Emissionsrechte, (ii) dem Festpreis oder Basispreis und (iii) dem Cost-of-Carry-Zinssatz. Die lieferpflichtige Partei wird die Vorhaltekosten in der Rechnung gesondert ausweisen.
- (5) Dauert die Registerstörung bis zum spätesten Enddatum an, hat jede Partei das Recht, den von der Registerstörung betroffenen Einzelabschluss durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung mit sofortiger Wirkung zu beenden. Einen vor der Beendigung gezahlten Kaufpreis oder Ausgleichsbetrag hat die lieferpflichtige Partei unverzüglich zurückzuzahlen; er ist für den Zeitraum vom Eingang des Geldbetrages bei der lieferpflichtigen Partei (einschließlich) bis zum Eingang des Rückzahlungsbetrages bei der abnahmepflichtigen Partei (ausschließlich) gemäß Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages zu verzinsen. Im Übrigen ist im Falle der Beendigung des Einzelabschlusses keine Partei mehr zu weiteren Lieferungen oder Zahlungen verpflichtet und der beendete Einzelabschluss bleibt im Falle der Beendigung des Vertrages bei der Berechnung einer Rahmenvertraglichen Ausgleichsforderung unberücksichtigt.
- (6) Im Sinne dieser Bestimmung sind:
 - „*Cost-of-Carry-Zinssatz*“ der von der Berechnungsstelle auf der Basis des €STR und der Anzahl der Tage des Cost-of-Carry-Zeitraums nach folgender Formel berechnete Zinssatz:

$$r_{Basis} = \frac{T \times \left[\prod_{i=t_A}^{t_p-1} \left[1 + r_i \times \frac{d_i}{T} \right] - 1 \right]}{n}$$

Hierbei ist:

- r_{Basis} : der Cost-of-Carry-Zinssatz
- t_A : der erste Tag des Cost-of-Carry-Zeitraums
- t_p : der letzte Tag des Cost-of-Carry-Zeitraums
- i : jeweils ein TARGET-Tag
- r_i : €STR für den betreffenden Tag innerhalb des Cost-of-Carry-Zeitraums; ist ein Tag kein TARGET-Tag, ist der für den unmittelbar vorausgehenden TARGET-Tag festgestellte €STR maßgeblich

- (i) the registry has not been maintained in accordance with the Registry Regulation or other applicable rules and regulations
- (ii) the need for scheduled and unscheduled maintenance, or
- (iii) a security breach has occurred or there are reasonable grounds that a suspected security breach has occurred which compromises the integrity of the EU-EHS-Registry System (including backup functionalities), or
- (iv) the reciprocal recognition of the Emission Allowances in accordance with the relevant Linking Agreement has been suspended

and as a consequence one of the parties is prevented from performing its obligations to deliver or accept Emission Allowances.

- (2) In the event of a registry disruption each party shall – without undue delay – notify the relevant other party of the occurrence of the event in text form or any other form conforming to market practice. In the event the party affected by the disruption notifies the other party of the occurrence of a registry disruption it shall, as far as possible, also inform the other party of the type and – where the event is only temporary in nature – of the prospective duration of the disruption. In addition, the party affected by the disruption shall use all reasonable efforts to remedy the registry disruption.
- (3) In the event of a registry disruption
 - (a) the Delivery Date (“*postponed delivery day*“) is postponed to the (i) next possible Bank Working Day and at the latest to the tenth Bank Working Day after the day on which the registry disruption has been remedied, or (ii) where the third Bank Working Day immediately prior to the last Deadline of the Commitment Period falls into this period, to this third Bank Working Day, and
 - (b) the Payment Date or the Compensation Amount Payment Date (“*postponed due date*“) is postponed, in correspondence with the number of Bank Working Days by which the Delivery Date is being postponed, to a Bank Working Day after the postponed delivery day.
- (4) In the event the Delivering Party delivers the Emission Allowances to the other party before or on the postponed delivery day, the Receiving Party shall pay a cash amount determined by the Calculation Agent in the contractually agreed currency equal to the replacement cost to the Delivering Party on the postponed due date. The replacement cost shall be equal to the product of (i) the number of the deliverable Emission Allowances, (ii) the Allowance Purchase Price or Strike Price and (iii) the Cost-of-Carry Interest Rate. The Delivering Party shall specify the replacement cost in the invoice.
- (5) In the event the disruption continues until the latest Long-Stop Date, each party shall be entitled to terminate the transaction affected by the disruption with immediate effect by way of a notification made in text form or any other form conforming to market practice. The Delivering Party has to repay any Purchase Price or Compensation Amount paid prior to the termination; interest shall accrue in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement on the relevant amount for the period of time beginning with the receipt of the cash amount by the Delivering Party (including) and ending with the receipt of the amount repayable by the Receiving Party (excluding). In all other respects, none of the parties shall be obligated to make any further deliveries or payments and the terminated transaction shall not be taken into account for the purposes of the calculation of a Master Agreement Compensation Claim in the event of a termination of the agreement.
- (6) For the purposes of this provision:
 - „*Cost-of-Carry Interest Rate*“ is the interest rate calculated by the Calculation Agent on the basis of €STR and the number of days of the Cost-of-Carry Period in accordance with the following formula:

In this context:

- r_{Basis} : means the Cost-of-Carry-Interest Rate
- t_A : means the first day of the Cost-of-Carry-Period
- t_p : means the last day of the Cost-of-Carry-Period
- i : in each case one TARGET day
- r_i : €STR for the relevant day within the cost-of carry period; where a day is not a TARGET day the €STR for the immediately preceding TARGET day shall be applicable

d_i : die Anzahl Tage für die der €STR Anwendung findet

n : die Anzahl Tage des Cost-of-Carry-Zeitraums

T : 360; und

- „Cost-of-Carry-Zeitraum“ der Zeitraum, der mit dem ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für den Kaufpreis oder dem ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag (einschließlich) beginnt und mit dem hinausgeschobenen Fälligkeitstag oder, wenn der Einzelabschluss im Falle einer unmittelbar nachfolgenden Spät- oder Nichtlieferung nach Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (a) oder (b) gekündigt wird, dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung (ausschließlich) endet.

8. Abwicklungsstörung

- (1) Eine Abwicklungsstörung liegt vor, wenn (i) die Übertragung oder Gutschrift der Emissionsrechte von dem oder auf das im Einzelabschluss vereinbarte Handelskonto der von der Störung betroffenen Partei am Fälligkeitstag für die Lieferung aufgrund eines Ereignisses, auf das sie keinen Einfluss hat, trotz sämtlicher zumutbarer Anstrengungen nicht möglich ist und (ii) weder eine Registerstörung noch eine Aussetzung des EU-EHS-Registersystems vorliegt. Haben die Parteien im Einzelabschluss für die lieferpflichtige Partei ein oder mehrere Handelskonten vereinbart, schuldet die lieferpflichtige Partei lediglich die Übertragung der zu liefernden Emissionsrechte von einem dieser Handelskonten und, sofern vereinbart, entsprechend Nr. 3 Abs. 2 Satz 2 in der im Einzelabschluss vereinbarten Reihenfolge. Die lieferpflichtige Partei ist in diesem Fall nicht verpflichtet, zur Überwindung des in Satz 1 genannten Ereignisses andere als die benannten Handelskonten zu nutzen oder neue Handelskonten zu eröffnen. Kann die lieferpflichtige Partei die Emissionsrechte deshalb nicht übertragen, weil die auf dem vereinbarten Handelskonto verbuchten Emissionsrechte nicht ausreichen, liegt eine Abwicklungsstörung auch dann nicht vor, wenn die mangelnde Deckung darauf zurückzuführen ist, dass ein Mitgliedstaat oder ein Drittstaat der lieferpflichtigen Partei keine oder nur eine zu geringe Anzahl an Emissionsrechten zugeteilt oder ein Dritter der lieferpflichtigen Partei die ihr geschuldeten Emissionsrechte ganz oder teilweise nicht geliefert hat.
- (2) Im Falle der Abwicklungsstörung wird jede Partei der jeweils anderen Partei den Eintritt des Ereignisses unverzüglich in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise mitteilen. Teilt die von der Störung betroffene Partei das Vorliegen der Abwicklungsstörung mit, wird sie die andere Partei nach Möglichkeit auch über die Art der Störung und, wenn das Ereignis seiner Art nach nur vorübergehender Natur ist, über die voraussichtliche Dauer der Störung informieren. Darüber hinaus wird die von der Störung betroffene Partei sämtliche zumutbaren Anstrengungen unternehmen, um die Abwicklungsstörung zu beheben.
- (3) Im Falle der Abwicklungsstörung verschiebt sich
 - (a) der Fälligkeitstag für die Lieferung („hinausgeschobener Lieferfertag“) auf den nächstfolgenden Bankarbeitstag, an dem eine Übertragung oder Gutschrift der Emissionsrechte im EU-EHS-Registersystem wieder möglich ist und
 - (b) der Fälligkeitstag für den Kaufpreis oder der Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag nach Maßgabe der im Einzelabschluss getroffenen Vereinbarung oder, mangels einer Vereinbarung, entsprechend der Anzahl der Bankarbeitstage, um die sich der Fälligkeitstag für die Lieferung verschiebt, auf einen Bankarbeitstag nach dem hinausgeschobenen Lieferfertag.
- (4) Dauert die Abwicklungsstörung berechnet von dem ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für die Lieferung (ausschließlich)
 - (i) länger als neun aufeinander folgende Bankarbeitstage oder
 - (ii) falls der Stichtag innerhalb dieser Frist liegt, bis zum Stichtag (einschließlich) oder
 - (iii) falls der letzte Stichtag des Verpflichtungszeitraums innerhalb dieser Frist liegt, bis zum dritten Bankarbeitstag unmittelbar vor dem letzten Stichtag des Verpflichtungszeitraums (einschließlich) an, gelten, soweit in Nr. 16 Abs. 5 vereinbart, für den von der Abwicklungsstörung betroffenen Einzelabschluss die nachfolgenden Regelungen:
 - (a) „*vorzeitige Beendigung mit Barausgleich*“: An die Stelle der beiderseits geschuldeten Leistungen tritt ein von der Berechnungsstelle in der Vertragswährung ermittelter Geldbetrag in Höhe des Barwertes des Einzelabschlusses. Die Berechnungsstelle wird diesen Geldbetrag in entsprechender Anwendung von Nr. 12 Abs. 5 Buchstabe (C) des Rahmenvertrages berechnen, als wenn beide Parteien betroffene Parteien wären. Geldbeträge gemäß Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (b) Satz 4 Buchstabe (B) oder (C) bleiben unberücksichtigt.
 - (b) „*vorzeitige Beendigung ohne Barausgleich*“: Jede Partei hat das Recht, den Einzelabschluss durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung mit sofortiger Wirkung zu beenden. Einen vor der Beendigung gezahlten Kaufpreis oder Ausgleichsbetrag hat die lieferpflichtige Partei unverzüglich zurückzuzahlen; er ist für den Zeitraum vom Eingang des Geldbetrages bei der

d_i : the number of days for which €STR shall apply

n : the number of days of the Cost-of-Carry-Period

T : 360; and

- „Cost-of-Carry Period“ means the period of time beginning with the originally agreed Payment Date or the Compensation Amount Payment Date (excluding) and ending with the postponed due date or, where the transaction is terminated in the case of an immediately following late delivery or failure to delivery in accordance with No. 9 para. (1) lit. (a) or (b), the latest Delivery Date (excluding).

8. Settlement Disruption

- (1) A settlement disruption occurs, where (i) despite using all reasonable efforts, it is impossible – because of an event beyond its control – to effect the transfer or crediting of Emission Allowances from or to the Trading Account of the party affected by the disruption agreed in the terms of the transaction on the Delivery Date and (ii) neither a registry disruption nor a suspension of the EU-EHS-Registry System is occurring. In the event the parties agreed on one or more Trading Accounts for the Delivering Party in the terms of the transaction, the Delivering Party solely owes the transfer of the deliverable Emission Allowances from one of these Trading Accounts and, if so agreed, in accordance with No. 3 para. (2) sentence 2 in the order agreed in the terms of the transaction. In this case, the Delivering Party is not obligated to use any other Trading Account than the ones specified or to open new accounts in order to remedy the event mentioned in sentence 1. Where the Delivering Party is unable to transfer the Emission Rights due to an insufficient number of the Emission Allowances being credited to the agreed Trading Accounts, this shall not constitute a settlement disruption even where the insufficiency of the number of credited Emission Allowances results from a Member State or third country failing to allocate any or an insufficient number of Emission Allowances, or a third party failing entirely or partially to deliver the Emission Allowances it owes to the Delivering Party.
- (2) Upon occurrence of a settlement disruption each party shall – without undue delay – notify the relevant other party of the occurrence of the event in text form or any other form conforming to market practice. Where the party affected by the disruption notifies the other party of the occurrence of a registry disruption it shall, as far as possible, also inform the other party of the type and – where the event is only temporary in nature – of the expected duration of the disruption. In addition, the party affected by the disruption shall use all reasonable efforts to remedy the settlement disruption.
- (3) In the event of a settlement disruption
 - (a) the Delivery Date (“postponed delivery day”) is postponed to the next Bank Working Day on which a transfer or crediting of Emission Allowances resumes within the EU-EHS-Registry System; and
 - (b) the Payment Date or the Compensation Amount Payment Date in accordance with the agreement made in the terms of the transaction, or, in the absence of such agreement, to a Bank Working Day after the postponed delivery day, by as many Bank Working Days, as the Delivery Date is being postponed by.
- (4) Where the settlement disruption, counting from the initially agreed Delivery Date (excluding) continues (i) for more than nine consecutive Bank Working Days, or (ii) where the Deadline falls into this period, until the Deadline (including) or (iii) where the last Deadline of the Commitment Period falls within this period, until the third Bank Working Day immediately prior to the last Deadline of the Commitment Period (including), the following provisions shall apply in respect the transactions affected by the settlement disruption, to the extent so agreed in No. 16 para. (5):
 - (a) “*Early Termination with Cash Settlement*”: The obligations owed to each other shall be replaced by a cash amount determined by the Calculation Agent in the contractually agreed currency equal to the present value of the relevant transaction. The Calculation Agent will calculate this cash amount by applying Clause 12 sub-Clause 5 lit. (C) of the Master Agreement accordingly as if both parties were affected parties. Cash amounts in accordance with No. 9 para. (1) lit. (b) sentence 4 lit. (B) or (C) shall not be taken into account.
 - (b) “*Early Termination without Cash Settlement*”: Each party shall be entitled to terminate the transaction with immediate effect by way of a notification made in text form or any other form conforming to market practice. The Delivering Party has to repay any Purchase Price or Compensation Amount paid prior to the termination; interest shall accrue in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement on the

lieferpflichtigen Partei (einschließlich) bis zum Eingang des Rückzahlungsbetrages bei der abnahmepflichtigen Partei (ausschließlich) gemäß Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages zu verzinsen. Im Übrigen ist im Falle der Beendigung des Einzelabschlusses keine Partei mehr zu weiteren Lieferungen oder Zahlungen verpflichtet und der beendete Einzelabschluss bleibt im Falle der Beendigung des Vertrages bei der Berechnung einer Rahmenvertraglichen Ausgleichsforderung unberücksichtigt.

Sofern die Parteien in Nr. 16 Abs. 5 keine Regelung vereinbart haben, gilt „vorzeitige Beendigung mit Barausgleich“.

9. Spät- oder Nichtlieferung

(1) Liefert die lieferpflichtige Partei die zu liefernden Emissionsrechte am Fälligkeitstag für die Lieferung insgesamt nicht, gilt Folgendes:

(a) Liefert die lieferpflichtige Partei die zu liefernden Emissionsrechte deshalb nicht, weil sich die abnahmepflichtige Partei im Annahmeverzug befindet, verschiebt sich der Fälligkeitstag für den Kaufpreis oder der Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag und die lieferpflichtige Partei kann durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der abnahmepflichtigen Partei verlangen, dass diese die Emissionsrechte unverzüglich abnimmt. Darüber hinaus schuldet die abnahmepflichtige Partei der lieferpflichtigen Partei für den Zeitraum vom ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für die Lieferung (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Lieferung (ausschließlich) Zinsen auf den ausstehenden Geldbetrag in Höhe des nach Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages vereinbarten Zinssatzes. Dauert die Säumnis der abnahmepflichtigen Partei berechnet vom Tag des Zugangs der Erklärung (ausschließlich) (i) länger als die im Einzelabschluss oder Nr. 16 Abs. 6 Buchstabe (a) vereinbarte Anzahl der Bankarbeitstage („Nachfrist“) oder (ii) falls der Stichtag innerhalb der Nachfrist liegt, bis zum Stichtag (einschließlich), („dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung“) an, hat die lieferpflichtige Partei das Recht, den Einzelabschluss durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der abnahmepflichtigen Partei zu kündigen.

An die Stelle der beiderseits geschuldeten Leistungen und der nach Satz 2 dieses Unterabsatzes geschuldeten Zinsen tritt am spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung ein von der Berechnungsstelle in der Vertragswährung ermittelter Geldbetrag in Höhe des Wiedereindeckungsaufwandes der lieferpflichtigen Partei abzüglich der von der abnahmepflichtigen Partei gegebenenfalls vorab gezahlten Beträge; er ist am Bankarbeitstag unmittelbar nach dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung von der abnahmepflichtigen Partei an die lieferpflichtige Partei zu zahlen. Der Wiedereindeckungsaufwand der lieferpflichtigen Partei ist das Produkt aus

- (A) derjenigen Anzahl an Emissionsrechten, die die lieferpflichtige Partei aufgrund des Annahmeverzuges der abnahmepflichtigen Partei nicht liefern konnte und
- (B) der positiven Differenz aus (x) dem um gegebenenfalls nach Nr. 7 Abs. 4 zu zahlenden Vorhaltekosten erhöhten Festpreis oder Basispreis und (y) dem Preis, den die lieferpflichtige Partei als wirtschaftlich vernünftiger Verkäufer am spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung bei einer Veräußerung einer entsprechenden Anzahl an Emissionsrechten auf der Grundlage von zu marktüblichen Konditionen abgeschlossenen Kassageschäften mit Dritten hätte erzielen können zuzüglich
- (C) Zinsen für den Zeitraum vom ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für die Lieferung (einschließlich) bis zum spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung (ausschließlich) auf die Differenz in Höhe des nach Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages vereinbarten Zinssatzes.

Endet der Annahmeverzug der lieferpflichtigen Partei vor dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung, liefert die lieferpflichtige Partei der anderen Partei die zu liefernden Emissionsrechte. Für die Bestimmung des Fälligkeitstages für den Kaufpreis oder des Fälligkeitstages für den Ausgleichsbetrag gilt Nr. 8 Abs. 3 Buchstabe (b) mit der Maßgabe, dass an die Stelle des hinausgeschobenen Liefertages der tatsächliche Tag der Lieferung oder der späteste Fälligkeitstag für die Lieferung tritt.

(b) Liefert die lieferpflichtige Partei die zu liefernden Emissionsrechte aus anderen als den in Unterabsatz (a), Nr. 7 oder Nr. 8 genannten Gründen nicht, verschiebt sich der Fälligkeitstag für den Kaufpreis oder der Fälligkeitstag für den Ausgleichsbetrag, und die abnahmepflichtige Partei kann durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der lieferpflichtigen Partei verlangen, dass diese die

relevant amount for the period of time beginning with the receipt of the cash amount by the Delivering Party (including) and ending with the receipt of the amount repayable by the Receiving Party (excluding). In all other respects, none of the parties shall be obligated to make any further deliveries or payments and the terminated transaction shall not be taken into account for the purposes of the calculation of a Master Agreement Compensation Claim in the event of a termination of the agreement.

The following shall apply in the event the parties failed to agree on any of the provisions in No. 16 para. (5): “Early Termination with Cash Settlement”.

9. Late delivery or failure to deliver

(1) In the event the Delivering Party fails to deliver any deliverable Emission Allowances on the Delivery Date, the following shall apply:

(a) Where the Delivering Party fails to deliver the deliverable Emission Allowances because the Receiving Party is in breach of its obligation to accept, the Payment Date or the Compensation Amount Payment Date shall be postponed, and the Delivering Party shall be entitled to demand – by notification vis-à-vis the Receiving Party to be made in text form or any other form conforming to market practice – acceptance of these Emission Allowances without undue delay. In addition, the Receiving Party owes interest on the outstanding cash amount at the interest rate agreed in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement to the Delivering Party for the time period beginning with the originally agreed Delivery Date (including) and ending with the day of the actual delivery (excluding). Where the failure to accept – calculating from the day of receipt of the notification (excluding) – continues (i) for more than the number of Bank Working Days agreed in the terms of the transaction or under No. 16 para. (6) lit. (a) (“*grace period*”) or (ii) where the Deadline falls into the grace period, until the Deadline (including), (“the latest Delivery Date”), the Delivering Party shall be entitled to terminate the transaction by notification vis-à-vis the Receiving Party to be made in text form or any other form conforming to market practice.

On the latest Delivery Date obligations owed to each other and the interest owed in accordance with sentence 2 of this subpara. shall be replaced by a cash amount determined by the Calculation Agent in the contractually agreed currency equal to the replacement cost of the Delivering Party minus any pre-payments made by the Receiving Party; the payment by the Receiving Party to the Delivering Party is due on the Bank Working Day immediately following the latest Delivery Date. The replacement cost of the Delivering Party shall be equal to the product of:

- (A) the number of Emission Allowances the Delivering Party was unable to deliver because of the Receiving Party’s breach of the obligation to accept, and
- (B) the positive difference between (x) the Allowance Purchase Price or Strike Price, where applicable increased by the replacement cost payable in accordance with No. 7 para. (4), and (y) the price the Delivering Party, acting in commercially reasonable manner, would have been able to obtain in respect of a sale of a corresponding number of Emission Allowances to a third party made on the latest Delivery Date under a spot transaction at market conditions; plus
- (C) interest for the period beginning with the originally agreed Delivery Date (including) and ending with the latest Delivery Date (excluding) on the difference equal to the interest agreed in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement.

In the event the breach of the obligation to accept is remedied prior to the latest Delivery Date, the Delivering Party shall deliver all deliverable Emission Allowances to the other party. The Payment Date shall be determined in accordance with No. 8 para. (3) lit. (b) subject to the proviso that the postponed delivery day is replaced by the day of the actual delivery or the latest Delivery Date.

(b) In the event the Delivering Party fails to deliver the deliverable Emission Allowances for reasons other than the reasons mentioned in lit. (a), No. 7 or No. 8, the Payment Date or the Compensation Amount Payment Date shall be postponed, and the Receiving Party shall be entitled to demand – by way of notification vis-à-vis the Delivering Party to be made in text form or any other form conforming to market practice –

Lieferung unverzüglich bewirkt. Darüber hinaus schuldet die lieferpflichtige Partei der abnahmepflichtigen Partei für den Zeitraum vom ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für die Lieferung (einschließlich) bis zum Tag der tatsächlichen Lieferung (ausschließlich) Zinsen auf den ausstehenden Geldbetrag in Höhe des nach Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages vereinbarten Zinssatzes. Dauert die Säumnis der lieferpflichtigen Partei berechnet vom Tag des Zugangs der Erklärung (ausschließlich) (i) länger als die im Einzelabschluss oder Nr. 16 Abs. 6 Buchstabe (b) vereinbarte Anzahl der Bankarbeitstage („Nachfrist“) oder (ii) falls der Stichtag innerhalb der Nachfrist liegt, bis zum Stichtag (einschließlich), („dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung“) an, hat die abnahmepflichtige Partei das Recht, den von der Spät- oder Nichtlieferung betroffenen Einzelabschluss durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung gegenüber der lieferpflichtigen Partei zu kündigen. An die Stelle der beiderseits geschuldeten Leistungen und der nach Satz 2 dieses Unterabsatzes geschuldeten Zinsen tritt am spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung ein von der Berechnungsstelle in der Vertragswährung ermittelter Geldbetrag in Höhe des Wiedereindeckungsaufwandes der abnahmepflichtigen Partei zuzüglich der von der abnahmepflichtigen Partei gegebenenfalls vorab gezahlten Beträge; er ist am Bankarbeitstag unmittelbar nach dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung von der lieferpflichtigen Partei an die abnahmepflichtige Partei zu zahlen. Der Wiedereindeckungsaufwand der abnahmepflichtigen Partei ist die Summe aus

- (A) dem Geldbetrag, der sich als Produkt aus (x) der Anzahl an Emissionsrechten, die der abnahmepflichtigen Partei aufgrund der Säumnis der lieferpflichtigen Partei nicht geliefert wurden und (y) der positiven Differenz aus (aa) dem Preis, den die abnahmepflichtige Partei als wirtschaftlich vernünftiger Käufer am spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung bei einem Erwerb einer entsprechenden Anzahl an Emissionsrechten auf der Grundlage von zu marktüblichen Konditionen geschlossenen Kassageschäften mit Dritten hätte zahlen müssen und (bb) dem um gegebenenfalls nach Nr. 7 Abs. 4 zu zahlende Vorhaltekosten erhöhten Festpreis oder Basispreis zuzüglich (z) Zinsen für den Zeitraum vom ursprünglich vereinbarten Fälligkeitstag für die Lieferung (einschließlich) bis zum spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung (ausschließlich) auf die Differenz in Höhe des nach Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages vereinbarten Zinssatzes und, wenn die Parteien dies im Einzelabschluss oder in Nr. 16 Abs. 7 vereinbaren,
- (B) dem Geldbetrag, den die abnahmepflichtige Partei als ihr auferlegte Sanktion gezahlt hat zuzüglich der erstattungsfähigen Aufwendungen und, wenn die Parteien dies im Einzelabschluss oder in Nr. 16 Abs. 7 vereinbaren,
- (C) dem Geldbetrag, den die abnahmepflichtige Partei als gegenüber einem Dritten lieferpflichtige Partei wegen eigener Säumnis als Ersatz für die dem Dritten oder einem Abnehmer des Dritten auferlegte Sanktion gezahlt hat, zuzüglich der erstattungsfähigen Aufwendungen,

in jedem Fall des Buchstaben (B) oder (C) jedoch nur bezogen auf die Anzahl der Emissionsrechte, die der abnahmepflichtigen Partei aufgrund der Säumnis der lieferpflichtigen Partei nicht geliefert wurden. Dies gilt jedoch nur, wenn zwischen dem im Einzelabschluss vereinbarten oder nach Nr. 8 hinausgeschobenen Fälligkeitstag für die Lieferung (ausschließlich) und dem Stichtag (ausschließlich) weniger als die gegebenenfalls im Einzelabschluss vereinbarte Anzahl an Bankarbeitstagen („Sanktionsrisikozeitraum“) liegt und es der abnahmepflichtigen Partei trotz aller zumutbarer Anstrengungen nicht möglich war, die fehlende Anzahl an Emissionsrechten bis zum Stichtag im Wege der Ersatzeindeckung von einem oder mehreren Dritten zu erwerben. Auf Verlangen der lieferpflichtigen Partei wird die abnahmepflichtige Partei den Nachweis erbringen, dass ihr die geltend gemachten Aufwendungen in der beanspruchten Höhe tatsächlich entstanden sind. Die lieferpflichtige Partei kann darüber hinaus verlangen, dass ihr Entstehung und Höhe der geltend gemachten Aufwendungen durch den Wirtschaftsprüfer der abnahmepflichtigen Partei oder eine andere sachverständige Stelle, die Einblick in die Geschäftsunterlagen der abnahmepflichtigen Partei hat, bestätigt werden. Die Kosten für die Bestätigung hat die lieferpflichtige Partei zu tragen.

Endet die Säumnis der lieferpflichtigen Partei vor dem spätesten Fälligkeitstag für die Lieferung, liefert die lieferpflichtige Partei der anderen Partei die zu liefernden Emissionsrechte. Für die Bestimmung des Fälligkeitstages für den Kaufpreis oder des Fälligkeitstages für den Ausgleichsbetrag gilt Nr. 8 Abs. 3 Buchstabe (b) mit der Maßgabe, dass an die Stelle des hinausgeschobenen Liefertages der tatsächliche Tag der Lieferung oder der späteste Fälligkeitstag für die Lieferung tritt.

delivery without undue delay. In addition, the Delivering Party owes interest on the outstanding cash amount at the interest rate agreed in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement to the Delivering Party for the time period beginning with the initially agreed Delivery Date (including) and ending with the day of the actual delivery (excluding). Where the failure to deliver of the Delivering Party – calculating from the day of receipt of the notification (excluding) – continues (i) for more than the number of Bank Working Days agreed in the terms of the transaction or under No. 16 para. (6) lit. (b) (“grace period”) or (ii) where the Deadline falls into the grace period, until the Deadline (including), (“the latest Delivery Date”), the Receiving Party shall be entitled to terminate the transaction affected by the late delivery or failure to deliver by notification vis-à-vis the Delivering Party in text form or any other form conforming to market practice. On the latest Delivery Date obligations owed to each other and the interest owed in accordance with sentence 2 of this subpara. shall be replaced by a cash amount determined by the Calculation Agent in the contractually agreed currency equal to the replacement cost of the Receiving Party plus any pre-payments made by the Receiving Party; the payment by the Delivering Party to the Receiving Party is due on the Bank Working Day immediately following the latest Delivery Date. The replacement cost of the Receiving Party shall be equal to the aggregate of

- (A) the cash amount equal to the product of (x) the number of Emission Allowances not delivered to the Receiving Party because of the Delivering Party’s failure to deliver, and (y) the positive difference between (aa) the price the Receiving Party, acting in a commercially reasonable manner, would have had to pay in the case of a purchase of a corresponding number of Emission Allowances made on the latest Delivery Date on the basis of a spot transaction at market conditions with a third party, and (bb) the Allowance Purchase Price or Strike Price, where applicable increased by the replacement cost payable in accordance with No. 7 para. (4), plus (z) interest for the period beginning with the initially agreed Delivery Date (including) and ending with the latest Delivery Date (excluding) on the difference equal to the interest agreed in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement, and where this has been agreed in the terms of the transaction or in No. 16 para. (7),
- (B) the cash amount the Receiving Party has paid as a Penalty meted out against it plus the Eligible Compensation Cost, and where this has been agreed by the parties in the terms of the transaction or in No. 16 para. (7),
- (C) the cash amount the Receiving Party has paid as compensation as a party subject to a delivering obligation vis-à-vis a third party due to its failure to deliver for penalties meted out against the third party or a receiving party of such third party, plus the Eligible Compensation Cost,

however, in each instance of lit. (B) or (C) only in respect of the number of Emission Allowances not having been delivered to the Receiving Party due to the failure to deliver of the Delivering Party. This shall only apply where the number of Bank Working Days between the Delivery Date agreed in the terms of the transaction or postponed in accordance with No. 8 (excluding) and the Deadline (excluding) is lower than the number of Bank Working Days agreed in the terms of the transaction (as the case may be) (“Penalty Period”) and the Receiving Party was unable to purchase the number of Emission Allowances equal to the shortfall from one or more third parties by way of a substitute cover transaction until the Deadline despite using all reasonable efforts. At the request of the Delivering Party, the Receiving Party shall provide proof of the cost incurred equal to the amount claimed. In addition, the Delivering Party shall be entitled to demand a confirmation by the auditor of the Receiving Party or a qualified expert having access to the business records of the Receiving Party concerning the cause and the amount of the costs claimed. The expenses incurred by such confirmation shall be borne by the Delivering Party.

In the event the breach of the obligation to deliver by the Delivering Party is remedied prior to the latest Delivery Date, the Delivering Party shall deliver all deliverable Emission Allowances to the other party. The Payment Date shall be determined in accordance with No. 8 para. (3) lit. (b) subject to the proviso that the postponed delivery day is replaced by the day of the actual delivery or the latest Delivery Date.

(c) Nr. 7 Abs. 1 des Rahmenvertrages findet mit der Einschränkung Anwendung, dass im Falle der Nichtlieferung ein wichtiger Grund zur Kündigung im Sinne der Nr. 7 Abs. 1 des Rahmenvertrages erst dann vorliegt, wenn der nach den vorstehenden Unterabsätzen (a) oder (b) geschuldete Geldbetrag auch nach Fristablauf gemäß Nr. 7 Abs. 1 Satz 2 des Rahmenvertrages nicht gezahlt worden ist, es sei denn, ein anderer wichtiger Grund liegt vor.

(2) Liefert die lieferpflichtige Partei die zu liefernden Emissionsrechte am Fälligkeitstag für die Lieferung teilweise nicht, reduziert sich die für die Berechnung des Kaufpreises maßgebliche Anzahl der zu liefernden Emissionsrechte um die Anzahl der von der lieferpflichtigen Partei nicht gelieferten Emissionsrechte. Im Übrigen gilt für den nicht erfüllten Teil des Einzelabschlusses Absatz 1 entsprechend.

10. Aussetzung eines Registersystems

(1) Eine Aussetzung des EU-EHS-Registersystems liegt vor, wenn das EU-EHS-Registersystem in Folge einer entsprechenden Bekanntmachung der Europäischen Union nicht fortgeführt oder beendet wird.

(2) Im Falle der Aussetzung des EU-EHS-Registersystems hat jede Partei das Recht, den hiervon betroffenen Einzelabschluss durch in Textform oder sonstiger marktüblicher Weise übermittelte Erklärung mit sofortiger Wirkung zu beenden. Einen vor der Beendigung gezahlten Kaufpreis oder Ausgleichsbetrag hat die lieferpflichtige Partei unverzüglich zurückzuzahlen; er ist für den Zeitraum vom Eingang des Geldbetrages bei der lieferpflichtigen Partei (einschließlich) bis zum Eingang des Rückzahlungsbetrages bei der abnahmepflichtigen Partei (ausschließlich) gemäß Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages, jedoch ohne den gegebenenfalls in Nr. 12 Abs. 3 des Rahmenvertrages vereinbarten Zinszuschlag, zu verzinsen. Im Übrigen ist im Falle der Beendigung des Einzelabschlusses keine Partei mehr zu weiteren Lieferungen oder Zahlungen verpflichtet. Im Falle der Beendigung des Vertrages bleibt der beendete Einzelabschluss bei der Berechnung einer Rahmenvertraglichen Ausgleichsforderung unberücksichtigt.

(3) Im Falle der Aussetzung eines Registersystems eines Drittstaates gelten Absätze 1 und 2 entsprechend mit der Maßgabe, dass die Bekanntmachung von der für dieses Registersystem zuständigen Stelle erfolgt. Eine Beendigung des Verknüpfungsabkommens steht einer Aussetzung gleich.

11. Rechnung

Die Bank wird der anderen Partei am oder nach dem Fälligkeitstag für die Lieferung eine für Zwecke der Umsatzsteuer geeignete Rechnung übermitteln, in der insbesondere die Anzahl der gelieferten oder nach Nr. 3 Abs. 7 verrechneten Emissionsrechte, der Festpreis oder Basispreis sowie der von der abnahmepflichtigen Partei zu zahlende Kaufpreis auszuweisen sind, und für den Empfang von Emissionsrechten eine für Zwecke der Umsatzsteuer geeignete Gutschrift erstellen.

12. Umsatzsteuer und sonstige Steuern und Abgaben

(1) In den für einen Einzelabschluss vereinbarten oder aufgrund dieses Anhangs geschuldeten Geldbeträgen sind gegebenenfalls anfallende Umsatzsteuer für die mit ihnen abgegoltene Leistungen nicht enthalten. Die Umsatzsteuer ist vielmehr zusätzlich zu den vereinbarten Geldbeträgen und nach Maßgabe der nachfolgenden Bestimmungen zu leisten: Je nach anwendbarem Recht wird die abnahmepflichtige Partei entweder (i), wenn die lieferpflichtige Partei der Steuerpflicht unterliegt, der lieferpflichtigen Partei den in der Rechnung ausgewiesenen Betrag der Umsatzsteuer erstatten oder (ii), wenn sie selbst der Steuerpflicht unterliegt, den von ihr geschuldeten Betrag der Umsatzsteuer ermitteln, verbuchen und, soweit er nicht mit von ihr gezahlter Umsatzsteuer verrechnet wird, an die zuständigen Stellen abführen.

(2) Die abnahmepflichtige Partei sichert der lieferpflichtigen Partei zu, dass (i) es sich bei dem im Einzelabschluss unter „Ort der Lieferung“ vereinbarten Ort um den für Zwecke der Umsatzsteuer maßgeblichen Ort des steuerbaren Umsatzes handelt und (ii) sie steuerpflichtige Person im Sinne des Artikels 9 der Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28. November 2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem ist.

(3) Die im Zusammenhang mit einem Einzelabschluss oder der Übertragung von Emissionsrechten anfallenden sonstigen Steuern und Abgaben (einschließlich etwaiger Umweltsteuern oder -abgaben), Lizenzgebühren und sonstigen Entgelte, Gebühren und Kosten sind von der Partei zu zahlen, von der sie eingefordert werden. Werden die eingeforderten Beträge jedoch primär von der anderen Partei geschuldet, kann sie von der anderen

(c) Clause 7 sub-Clause 1 of the Master Agreement shall apply subject to the following restriction: When determining whether the failure to deliver constitutes a material cause for termination within the meaning of Clause 7 sub-Clause 1 of the Master Agreement, such material cause shall only have occurred where the cash amount payable in accordance with the above lit. (a) or (b) is not paid within the time period specified in Clause 7 sub-Clause 1 sentence 2 of the Master Agreement, except where another material cause occurs.

(2) In the event the Delivering Party delivers only a part of the deliverable Emission Allowances on the Delivery Date, the relevant number of deliverable Emission Allowances to be taken into account for the calculation of the Purchase Price shall be reduced by the number of the Emission Allowances not delivered by the Delivering Party. In addition, except as provided here above, para. (1) shall apply accordingly to that portion of the transaction not having been performed.

10. Suspension of a Registry System

(1) A suspension of the EU-EHS-Registry System occurs where the EU-EHS-Registry System is discontinued or ended as a consequence of a notification issued by the European Union in this respect.

(2) In case of a suspension of the EU-EHS-Registry System, each party shall be entitled to terminate the transaction affected by the disruption with immediate effect by way of a notification made in text form or any other form conforming to market practice. The Delivering Party has to repay any Purchase Price or Compensation Amount paid prior to the termination without undue delay; interest shall accrue in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement on the relevant amount for the period of time beginning with the receipt of the cash amount by the Delivering Party (including) and ending with the receipt of the amount repayable by the Receiving Party (excluding), however, without the interest surcharge agreed in Clause 12 sub-Clause 3 of the Master Agreement (if any). In addition, except as provided here above, none of the parties shall be obligated to make any further deliveries or payments. The terminated transaction shall not be taken into account for the purposes of the calculation of a Master Agreement Compensation Claim in the event of a termination of the agreement.

(3) In case of a suspension of the registry system of a third country, paras. (1) and (2) shall apply mutatis mutandis subject to the proviso that the announcement has to be made by the competent authority responsible for the relevant registry system. The termination of a Linking Agreement shall be treated as a suspension.

11. Invoice

On or after the Delivery Date, the Bank shall send an invoice to the other party suitable for value added tax purposes; the invoice shall, in particular, set out the number of Emission Allowances delivered or taken into account for calculation of the balance in accordance with No. 3 para. (7), the Allowance Purchase Price or Strike Price as well as the Purchase Price payable by the Receiving Party. In respect of the receipt of Emission Allowances it shall issue a credit note suitable for value added tax purposes.

12. Value Added Tax and other taxes and duties

(1) The cash amounts agreed in respect of a transaction or owed in accordance with this Annex do not include applicable value added taxes chargeable in respect of the performance of obligations they are intended to compensate (if any). Rather, value added tax is to be paid in addition to these agreed cash amounts and in accordance with the following provisions: Depending on the applicable law, the Receiving Party will either (i) where the Delivering Party is taxable, reimburse the Delivering Party the amount of value added tax set out in the invoice, or (ii) where it is itself taxable, determine, account for and, to the extent the relevant amount cannot be set off against value added tax paid by it, effect payment of the amount of value added tax owed.

(2) The Receiving Party represents to the Delivering Party that (i) the place agreed in the terms of the transaction as “place of delivery” is, for the purposes of value added tax, the relevant place where taxable transactions are carried out and (ii) it is the taxable person within the meaning of directive 2006/112/EC of the Council of 28 November 2006 on the common system of value added tax.

(3) Other taxes and duties arising in connection with a transaction or the transfer of Emission Allowances (including any environmental taxes or duties), license fees or other charges, fees and costs shall be paid by the party to which these have been charged. However, in the event the amounts charged are primarily owed by the other party, it shall be entitled to demand reimbursement from the other party of the amounts paid by it to the extent these

Partei in dem Umfang, in dem sie tatsächlich anfallen, Erstattung der von ihr gezahlten Beträge verlangen.

(4) Abweichend hiervon sind die im Zusammenhang mit der Übertragung von Emissionsrechten von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaates oder eines Drittstaates oder von dem Zentralverwalter erhobenen Entgelte, Gebühren und Kosten in jedem Fall von der Partei zu tragen, von der sie eingefordert werden.

(5) In Nr. 12 Abs. 5 Unterabsatz (B) des Rahmenvertrages wird nach Satz 1 Buchstabe b) des Rahmenvertrages folgender neue Buchstabe c) eingefügt:

„c) zu erwarten ist, dass eine Partei am nächsten Fälligkeitstag in Bezug auf eine von ihr zu erbringende Lieferung oder Abnahme von Emissionsrechten zusätzliche Steuern und Abgaben (einschließlich etwaiger Umweltsteuern oder -abgaben) zu zahlen hat, wobei die bloße Erhöhung einer bereits am Abschlussdatum erhobenen Steuer oder Abgabe außer Betracht bleibt.“

(6) Im Sinne dieser Bestimmung ist „Ort der Lieferung“ der Sitz der wirtschaftlichen Tätigkeit der abnahmepflichtigen Partei oder, falls davon abweichend, die im Einzelabschluss vereinbarte Betriebsstätte, für die die abnahmepflichtige Partei die Lieferung empfangen will.

13. Folgeschäden und Haftungsbegrenzung

Vorbehaltlich der im Falle der Beendigung des Vertrages geschuldeten Rahmenvertraglichen Ausgleichsforderung, einschließlich der nach Nr. 9 als Wiedereindeckungsaufwand geschuldeten Geldbeträge, haftet eine Partei gegenüber der anderen Partei nicht für Verluste, Kosten, Aufwendungen und Schäden, die der anderen Partei – mittelbar und unmittelbar – aufgrund einer Beeinträchtigung des Geschäftsbetriebes oder des Ansehens, aufgrund entgangenen Gewinnes oder Verlustes von Geschäfts- oder Gebrauchsmöglichkeiten oder ersparter Aufwendungen aus welchem Rechtsgrund auch immer entstanden sind. Dies gilt, außer in den Fällen grober Fahrlässigkeit, Vorsatzes und arglistiger Täuschung, auch dann, wenn sich die Zusicherung der lieferpflichtigen Partei nach Nr. 3 Abs. 6 Satz 2 als unrichtig erweist.

14. Aufgaben der Berechnungsstelle

Soweit die Berechnungsstelle bei der Feststellung und Bewertung von Tatsachen oder der Bestimmung von Leistungen einen Ermessens- oder Beurteilungsspielraum hat, wird sie diesen nach sorgfältiger Beurteilung und unter Abwägung der Interessen beider Parteien ausüben.

15. Regelung bezüglich Unbefugter Übertragung

(1) Sofern eine Partei nach der Lieferung Kenntnis von einer Unbefugten Übertragung im Hinblick auf an sie gelieferte Emissionsrechte erlangt (die „Empfängerin“), ist sie verpflichtet, die andere Partei hierüber zu benachrichtigen.

(2) Sofern eine Benachrichtigung gemäß Absatz 1 erfolgt und das betreffende Emissionsrecht geliefert worden ist, kommen die Bestimmungen über Spät- oder Nichtlieferung in Nr. 9 Abs. 1 b) Satz 5 Buchstabe (A) entsprechend zur Anwendung, wobei für diese Zwecke der Tag, an dem die Benachrichtigung gemäß Absatz 1 erfolgt, als Liefertag gilt. Der Wiedereindeckungsaufwand kann geltend gemacht werden, nachdem die Empfängerin alle zumutbaren rechtlichen Verteidigungsmöglichkeiten gegen die Inanspruchnahme aus der unbefugten Übertragung erschöpft hat. Der Anspruch auf Erstattung des Wiedereindeckungsaufwands ist innerhalb von drei Bankarbeitstagen nach Rechnungsstellung fällig. Die Empfängerin der betreffenden Emissionsrechte ist verpflichtet, die Höhe des Wiedereindeckungsaufwands durch geeignete Berechnungen zu belegen.

(3) Der Verkäufer sichert dem Käufer an jedem Liefertag zu, dass nach seinem besten Wissen und Gewissen und aufgrund ihm zumutbarer Nachforschungen die gelieferten Emissionsrechte nicht Gegenstand einer Unbefugten Übertragung gewesen sind.

(4) Vorbehaltlich der (insbesondere auch straf- und geldwäscherechtlichen Zulässigkeit hat der Käufer dem Verkäufer auf dessen Anfrage hin sämtliche an ihn gelieferten Emissionsrechte, die Gegenstand einer Unbefugten Übertragung gewesen sind, zurückzuliefern.

have actually been incurred.

(4) In derogation from the above, charges, fees and costs charged by the competent authority of a Member State or a third country or the Central Administrator in connection with the transfer of Emission Allowances shall be borne by the party to which these have been charged.

(5) The following new lit. (c) shall be inserted in Clause 12 sub-Clause 5 lit. (B) of the Master Agreement after sentence 1 lit. (b) of the Master Agreement:

“(c) it is to be expected that, on the next Due Day, a party will have to pay additional taxes and duties (including any environmental taxes or duties) in relation to an obligation to delivery or accept Emission Allowances, however a mere increase of a tax or duty already levied on the day of the execution shall not be taken into consideration.”

(6) For the purposes of this provision “place of delivery” means the place where the Receiving Party has established its business or, where this deviates, the permanent establishment agreed in the terms of the transaction, at which the Receiving Party intends to receive the delivery.

13. Consequential Damages and Limitation of Liability

Without prejudice to the Master Agreement Compensation Claim owed in case of a termination of the Agreement, including the replacement cost owed pursuant to No. 9, neither party shall be liable to the other party for any losses, costs, expenses and damages incurred by the other party – directly or indirectly – as a consequence of adverse effect of its business activities or its reputation, as a consequence of loss of profit or loss of business opportunities or uses, or expenses saved, irrespective of the legal grounds giving rise to them. This shall, except in cases of gross negligence, intent and fraud, also apply in the event the representations of the Delivering Party in accordance with No. 3 para. (6) prove to be incorrect.

14. Duties of the Calculation Agent

To the extent the Calculation Agent is granted a scope of discretion or freedom of choice in respect of the evaluation of facts or the determination of obligations, it will exercise this discretion or freedom of choice following a duly diligent assessment and with due consideration of the interests of both parties.

15. Provisions concerning Unauthorised Transfer

(1) Where, after a delivery, a party becomes aware of an Unauthorised Transfer in respect of Emission Allowances delivered to this party (“Recipient”), this party is obligated to notify the other party of this fact.

(2) The provision concerning late delivery or a failure to deliver in No. 9 para. (1) lit. (b) sentence 5 lit. (A) shall apply mutatis mutandis in case such notification is made in accordance with para. (1) and where the relevant Emission Allowance has been delivered, however, subject to the proviso that for this purpose the day of the notification shall be treated as delivery day. The replacement cost can be claimed where the Recipient has exhausted all reasonable legal defence options against any claims because of an Unauthorised Transfer. The claim for replacement cost becomes due within three Bank Working Days after receipt of the invoice. The Recipient of the relevant Emission Allowances is obligated to substantiate the amount of the replacement cost by appropriate calculations.

(3) On each delivery day, the seller gives an assurance to the buyer that – to the best of its knowledge and belief and on the basis of reasonable enquiries – the Emission Allowances delivered have not been the subject of an Unauthorised Transfer.

(4) Without prejudice to this being legally permissible (in particular under criminal or anti-money laundering law), the buyer shall return to the seller, upon its request, all Emission Allowances having been the subject of an Unauthorised Transfer that had been delivered to the buyer.

16. Besondere Vereinbarungen | Special Provisions

- (1) Die folgenden Bestimmungen gelten nur, soweit die dazu bestimmten Felder angekreuzt sind.
The following provisions shall only apply to the extent the relevant boxes have been ticked:
- (2) Nr. 1 Abs. 3 gilt auch für bereits abgeschlossene Geschäfte über die Lieferung von Emissionsrechten.
No. 1 para. (3) shall also apply to transactions regarding the delivery of Emission Allowances which have already been entered into.
- (3) Nr. 3 Abs. 7 wird durch folgende Regelung ersetzt:
No. 3 para. (7) shall be replaced by the following:
„Bei am selben Fälligkeitstag für die Lieferung aufgrund des Vertrags von den Parteien über dieselben Handelskonten zu liefernden Emissionsrechten derselben Gattung und desselben Verpflichtungszeitraums erfolgt keine Verrechnung der Lieferungen und die lieferpflichtigen Parteien sind jeweils verpflichtet, in der Rechnung Bruttolieferungen auszuweisen.“
“Deliveries of Emission Allowances by the parties on the basis of the agreement via the same Trading Accounts on the same Delivery Date and of the same type and for the same Commitment Period shall not be set-off against each other and each Delivering Party is obligated to specify gross deliveries in the invoice.”
- (4) Abweichend von Nr. 7 Abs. 6 ist „Cost-of-Carry-Zinssatz“ der
In derogation from No. 7 para. (6) “Cost-of-Carry Interest Rate” shall be
 nach Nr. 3 Abs. 4 des Rahmenvertrages vereinbarte Zinssatz.
the interest rate agreed in accordance with Clause 3 sub-Clause 4 of the Master Agreement.
 von der Berechnungsstelle ermittelte €STR.
the €STR determined by the Calculation Agent.
- (5) Im Fall der Abwicklungsstörung (Nr. 8 Abs. 4) gilt folgende Regelung:
The following shall apply in the event of a settlement disruption (No. 8 para. (4)):
 (a) vorzeitige Beendigung mit Barausgleich
early termination with cash settlement
 (b) vorzeitige Beendigung ohne Barausgleich
early termination without cash settlement
- (6) Die für die Bestimmung der Nachfrist maßgebliche Anzahl der Bankarbeitstage beträgt:
The number of Bank Working Days relevant for the determination of the grace period shall be:
(a) im Falle des Annahmeverzuges der abnahmepflichtigen Partei (Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (a) Satz 3):
In the case of a breach of the obligation to accept by the Receiving Party (No. 9 para. (1) lit. (a) sentence 3):
 1 Bankarbeitstag
1 Bank Working Day
 2 Bankarbeitstage
2 Bank Working Days
 _____ Bankarbeitstage
Bank Working Days
(b) im Falle der Säumnis der lieferpflichtigen Partei (Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (b) Satz 3):
In the case of failure to deliver of the Delivering Party (No. 9 para. (1) lit. (b) sentence 3):
 1 Bankarbeitstag
1 Bank Working Day
 2 Bankarbeitstage
2 Bank Working Days
 _____ Bankarbeitstage
Bank Working Days
- (7) Für den Wiedereindeckungsaufwand der abnahmepflichtigen Partei gilt:
The following shall apply in respect of the replacement cost of the Receiving Party:
 Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (b) Satz 5 Buchstabe (B) ist vereinbart
No. 9 para. (1) lit. (b) sentence 5 lit. (B) shall be applicable
 Nr. 9 Abs. 1 Unterabsatz (b) Satz 5 Buchstabe (C) ist vereinbart
No. 9 para. (1) lit. (b) sentence 5 lit. (C) shall be applicable
- (8) Nr. 11 findet mit der Maßgabe Anwendung, dass das Wort „Bank“ durch „lieferpflichtige Partei“ ersetzt wird und die Erstellung von Gutschriften entfällt.
No. 11 shall apply subject to the following proviso: The word “Bank” shall be replaced by “Delivering Party” and the issuing of credit notes shall not apply.
- (9) Nr. 12 Abs. 5 findet keine Anwendung.
No. 12 para. (5) shall not be applicable.

17. Sonstige Vereinbarungen | Other Agreements

Muster

Unterschrift(en) des Vertragspartners Signature(s) of the Counterparty	
---	--

Unterschrift(en) der Bank Signature(s) of the Bank	
---	--